



Angesichts der glänzenden langfristigen Aussichten der erneuerbaren Energien setzen Regierungen gerade in der Krise auf diese Zukunftstechnologien

## Stärkt die Krise grünes Wirtschaften?

Kommen „nachhaltige“ Firmen besser durch die Krise?  
Die Anzeichen dafür mehren sich. Eigeninitiative ist gefragt.  
Von **Volker Eidems** und **Heidi Tiefenthaler**

### Der Green New Deal

Die Wirtschaftskrise stellt politische Entscheidungsträger vor ein Dilemma: Banken als Systemstützen und die Autokonzerne als hunderttausendfache Arbeitgeber müssen schnell stabilisiert werden. Mit etlichen Milliarden.

Gleichzeitung muss nach den ersten Schritten der Rettung von Banken und Industrie strategisch gedacht werden: Investitionen müssen umgelenkt werden, damit die Wirtschaft durch einen ökologischen Umbau gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Mit dieser Message im Gepäck reist seit einigen Monaten Achim Steiner durch die Welt – der deutsche Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hat schon im vergangenen Herbst die Green Economy Initiative (GEI) ins Leben gerufen, die in den nächsten zwei Jahren auf den „Green New Deal“ hinarbeiten wird. Die Idee: Investitionen in saubere Technologien, Klimaschutz, Armutsbekämpfung und natürliche Ressourcen sollen nicht nur helfen, die größten globalen Bedrohungen wie Klimaerwärmung, Artenverlust oder Armut in den Griff zu bekommen. Eine von UNEP und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Auftrag gegebene Studie unterstützt die These, dass es gleichzeitig möglich ist, mit den richtigen Investitionen den „grünen Wirtschafts- und Jobmotor“ anzuwerfen und damit aus

der Wirtschaftskrise als „historischer Chance“ Wohlstand und Jobs für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Der Studie zufolge könnten bis 2030 geplante Investitionen von 630 Milliarden US-Dollar zu weltweit mindestens 20 Millionen zusätzlichen Jobs führen.

Schon jetzt bringen laut UNEP die erneuerbaren Energien weltweit mehr Menschen in Lohn und Brot als die fossilen. Einer der Vorreiter dieses Trends ist Deutschland: Nach Branchenangaben stieg die Zahl der Beschäftigten hierzulande im vergangenen Jahr auf knapp 280.000 – ein Plus von mehr als 10 Prozent im Vergleich zu 2007. Der Grund: Kräftig gestiegene Umsätze im Inland in Höhe von rund 30 Milliarden Euro sowie eine deutlich gestiegene Strom- und Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien.

### Wirkung der Konjunkturpakete

Eine zentrale Frage ist, welchen Beitrag die weltweit in aller Eile geschnürten Konjunkturpakete zu einem ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaftssystem leisten. Die Wirkung der billionenschweren Programme auf Umwelt und Haushalte dürfte Jahrzehnte weit reichen. Ob sie in ihrer jetzigen Form genügend Anreize für Investitionen und Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz bieten, ist aber umstritten.

Die dänische Wochenzeitung „Monday Morning“ hat ausgerechnet, dass lediglich 1,3 Prozent der von den 13 größten Volkswirtschaften der EU geschnürten Pakete dem „grünen“ Bereich zugute kommen.

Auch der europäische Dachverband der Produzenten von Erneuerbaren Energien (EREF) kritisiert, dass von den Investitionsprogrammen zwar vereinzelte Impulse für die Branche ausgingen, der Fokus aber zu stark auf klassischen Infrastrukturprojekten liege. Der große und umfassende Push für die grüne Energie in Europa bleibe nach wie vor aus.

Eine Studie der Deutschen Bank kommt dagegen zu dem Schluss, dass es „die Regierungen der Welt Ernst meinen mit dem Kampf gegen den Klimawandel“. Ihr Engagement werde durch die aktuelle Krise

- ▶ Weil die Entscheidung, wo die staatlichen Milliarden genau investiert werden, bei den Ländern und Kommunen liegt, sind die Auswirkungen bisher schwer einzuschätzen. Klar werde aber, erklärt BUND-Expertin Löffelsend, dass nur wenige Fördermaßnahmen, wie etwa die zur Gebäudesanierung und Energieeffizienz, von vorneherein auf einen positiven Umwelteffekt abzielen.

„Wir gehen zusammen mit dem Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau VDMA davon aus, dass die Umwelttechnologien der Schlüssel sind, die Krise zu meistern.“

Ulf Gerder, Bundesverband Windenergie

#### Das Beispiel Handwerk

Frank Ebisch vom Zentralverband Sanitär, Heizung, Klima fordert eine Abwrackprämie für Heizungsanlagen als „echten Schub“ für seine Branche. Dass der Markt dafür bereit sei, hat der Verband in einer emnid-Umfrage ermitteln lassen: Die Prämie würde 39 Prozent der Heizungsanlagenbesitzer motivieren, eine Modernisierung in Angriff zu nehmen. Laut Ebisch fehlt es in erster Linie am mangelnden Willen der privaten Haushalte, in modernere und effizientere Heizungen zu investieren: „Industrie und Handwerk ist nichts vorzuwerfen, die Technologie ist da, dennoch sind hierzulande nur zwölf Prozent der Anlagen auf dem neuesten Stand.“

Die Wirkung der beiden Konjunkturpakete sieht Ebisch an seinen Verbandsmitgliedern vorbeigehen: „Die Pakete gehen eher an größere Unternehmen, unsere Mitglieder sind jedoch kleinere Betriebe mit etwa fünf Mitarbeitern.“

#### Grüne Schlüsseltechnologien als Retter

Die „grünen“ Branchen, die zum Teil bereits seit Jahren mit umweltfreundlichen Waren und Dienstleistungen ihr Geld verdienen, sind von der Wirtschaftskrise derzeit kaum betroffen, berichtet Nina Scheer vom Bundesverband UnternehmensGrün.

Auch Ulf Gerder vom Bundesverband Windenergie kommentiert die Finanzkrise mit einer Gelassenheit, auf die man derzeit selten trifft: „Die Krise könnte dazu führen, dass sich der überhitzte Markt für Windkraftanlagen regelt und zum Beispiel Wartezeiten für die Kunden verkürzt werden.“

Gerder geht noch einen Schritt weiter und sieht die Umwelttechnologien als Retter der ganzen Maschinenbaubranche: „Wir gehen zusammen mit dem Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau VDMA davon aus, dass die Umwelttechnologien der Schlüssel sind, die Krise zu meistern.“

#### Es geht nicht nur ums Geld

Während es vielerorts klingt, als seien Finanzspritzen das Einzige, was noch wirke, halten Experten auch andere Maßnahmen für sinnvoll.

So fordert Ebisch für seine Heizungsbauer, den Förderdschungel zu vereinfachen. UnternehmensGrün-Chefin Nina Scheer ärgert die hiesigen umweltschädlichen Subventionen – wider besseren Wissens würden politische Entscheidungen zu häufig zugunsten umweltschädigenden Verhaltens getroffen. Das Umweltbundesamt stufte für das Jahr 2006 rund 42 Milliarden Euro an Subventionen als umweltschädlich ein – Geld, das für den nachhaltigen Umbau fehlt.

Scheer hält auch die internationalen Ansätze für nicht ausreichend: „Es müsste zum Beispiel Regularien im Welthandelsrecht geben, die es Vertragsstaa-

ten erlauben, ökologische Standards in Herstellungsprozessen festzusetzen.“ Zudem bestehe die Gefahr, dass zu viel bloße „Absichtserklärung“ oder „Zielsetzung“ an Stelle von Verbindlichkeit den kontraproduktiven Effekt von Gewissensberuhigung erzeugen könne.

#### Nachhaltigkeit bleibt Eigenverantwortung

„Die Finanzkrise wird zum Lackmusestest dafür, wie ernst es die Unternehmen mit dem Thema Nachhaltigkeit wirklich meinen“, sagte Robert Haßler, Chef der Rating-Agentur oekom research, bei der Vorstellung der Mitte März veröffentlichten „oekom Corporate Responsibility Review 2009“. Entweder die Firmen verzichten Haßler zufolge nun auf ihren ökologischen und sozialen Standard, um die Kosten zu senken. Oder sie sehen die Krise als Chance und steuern verstärkt in Richtung Nachhaltigkeit.

Für immer mehr Investoren sei die Antwort auf diese Frage klar, heißt es von oekom research. Unternehmen, die sich im Bereich Nachhaltigkeit glaubwürdig engagieren, werden zunehmend interessant für Kapitalanleger. Vor allem institutionelle Investoren wollen ihr Engagement im Bereich nachhaltiger Anlagen ausbauen. „Wer nachhaltig investieren möchte muss weder auf Rendite noch auf eine geeignete Auswahl an Investmenttiteln verzichten“, so Haßler. „Es existiert derzeit ein historisch einmaliger Konsens, dass eine zu einseitige Ausrichtung der Wirtschaft an einem kurzfristigen Shareholder Value in die Sackgasse führt“.

#### Nachhaltige Firmen: Outperformer in der Krise

Während also die Politik eher die negativen Folgen für die „Technologien von vorgestern“ begrenzt, ist der Markt schon einen Schritt weiter: Die Investitionen in Nachhaltigkeit zahlen sich aus. Dass ökologisches Wirtschaften belohnt wird, zeigt auch eine im Februar veröffentlichte A.T. Kearney-Studie über „Green Winners“ (siehe Grafik auf Seite 7). Darin haben die Unternehmensberater die Performance von „nachhaltigen Unternehmen“ in der Finanzkrise untersucht. Ergebnis: Diese Unternehmen sind in der aktuellen Finanzkrise deutlich besser aufgestellt als ihre „konventionellen“ Wettbewerber und zeigen an den Finanzmärkten eine im Schnitt um 15 Prozent bessere Performance als die gesamte Industrie.

„Konventionelle“ Marktteilnehmer hingegen müssen sich auf ihren Einfluss auf die Politik verlassen und üben Druck aus. Etwa die „Allianz für eine wettbewerbsfähige europäische Industrie“ (ACEI), mit Interessenvertretern der Chemiewirtschaft (CEFIC), der Fahrzeugindustrie (ACEA) und der Stromerzeugungsbranche (EURELECTRIC), die Mitte März eine Pause bei der EU-Umweltgesetzgebung einforderte, unter anderem bei den EU-Regelungen zu Elektroschrott und zum Ökolabel.

Ob es einen groß angelegten „Green New Deal“ geben wird, steht noch in den Sternen. Die aktuellen Konjunkturprogramme haben offenbar die Chance einer tiefgreifenden Wende verpasst. Daher liegt es in erster Linie in der eigenen unternehmerischen Verantwortung, den Betrieb auf nachhaltiges Wirtschaften auszurichten – und damit gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

nicht gebremst. Sie beziffert die geplanten Umweltinvestitionen in der EU auf 20 Milliarden US-Dollar und bezeichnet dieses Engagement als „erheblich“. Den Anteil der Umwelt-Investitionen in den weltweiten Vorhaben beziffert sie auf 200 Milliarden Dollar. Das größte Engagement zeige die USA. 13,5 Prozent der im American Recovery and Reinvestment Act vorgesehenen Investitionen von 787 Milliarden US-Dollar sollen Berechnungen der Deutschen Bank zufolge dem Klimaschutz zugute kommen. Mit dem geplanten Federal Renewable Energy Standard könnte es den USA bis zum Jahr 2025 gelingen, 20 bis 25 Prozent ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen zu decken.

Damit könnten die US-amerikanischen Umwelttechnik-Hersteller für den langjährigen Marktführer Deutschland zu einer echten Konkurrenz werden. Fruchtbare Konkurrenz – so sieht es die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. „Wir haben noch Wettbewerbsvorteile und das Engagement der USA wird positive Signale setzen, diese zu nutzen und auszubauen.“ Auch sie hält allerdings mehr langfristige Investitionen in den Energie- und Umweltbereich für wünschenswert. Die Investitionen aus dem ersten Konjunkturpaket von drei Milliarden Euro in die Energieeffizienz von Gebäuden zeigen ihrer Meinung nach in die richtige Richtung. Die Abwrackprämie für Pkw – oft Umweltprämie genannt – bezeichnet sie dagegen als „Strohfeuer“ ohne langfristige Wirkung auf Konjunktur oder Umwelt.

**Beispiel „New Energy Deal“**

Welche Chancen eröffnet die Finanzkrise also der Nachhaltigkeit und welche Widersprüche tun sich auf? Die Unternehmensberatung A.T. Kearney empfahl im Januar als Konjunkturprogramm einen „New Energy Deal“, ein 12-Punkte-Sofortprogramm für eine CO2-arme Energieversorgung. Der Deal besteht aus den drei Elementen nachhaltige Energieerzeugung und Elektrifizierung – vor allem auch von Mobilität – sowie Energieeffizienz und -management.

Die A.T.-Kearney-Berater sehen die gegenwärtige Rezession als Gefahr für Investitionen, darunter auch nachhaltige. Sie empfehlen daher staatliche Maßnahmen mit kurzfristigen Konjunkturreffekten ebenso wie langfristige Förderung von Forschung und Entwicklung. Sofort zu unterstützende Branchen wären demnach die Automobil- und Baubranche sowie die Hersteller langlebiger Konsumgüter.

Die für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung nötigen Technologien seien fast durchweg vorhanden, sie müssten nur verstärkt eingesetzt werden. Konkret empfehlen die Autoren zum Beispiel, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und Energiesparlampen zu fördern. Durch eine höhere Staatsverschuldung sollen die nötigen Investitionsmittel aufgebracht werden, etwa fünf Milliarden Euro für ein „100.000-Keller-Programm“ um dezentrale Technologien wie die

Brennstoffzelle zu fördern. Für den Bereich Dämmung, Heizung und Warmwasser wird der Bedarf mit acht Milliarden Euro angegeben.

Auch wenn die einzelnen Bausteine im Konzept von A.T.Kearney nicht neu sind, verdeutlicht die Studie doch die aktuelle Richtung: Unternehmen sollten demnach Unterstützung erhalten, so sie denn zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

**Effekte schwer absehbar**

Welche positiven Umwelt- und Innovationseffekte von beiden deutschen Konjunkturpaketen tatsächlich ausgehen, ist bisher noch kaum absehbar. Von der Abwrackprämie etwa profitieren die Premiumhersteller Daimler und BMW in Deutschland bislang nicht, deren Umsatzrückgang vom Januar setzte sich unvermindert fort. Die Käufer interessieren sich vielmehr für Kleinwagen, die meist von ausländischen Produzenten stammen. Die Deutsche Industrie und Handelskammer (DIHK) kommentiert die Maßnahme in einer Stellungnahme denn auch wie folgt: „im Hinblick auf das Spektrum der von der deutschen Automobilindustrie angebotenen Fahrzeuge steht die nachhaltig positive Wirkung jedoch in Frage.“

Sollte sich der stärkere Absatz von Kleinwagen ökologisch günstig auswirken, so sei dies eine eher zufällig entstandene Wirkung, meint Tina Löffelsend vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). Sie hat die Konjunkturpakete der Bundesregierung auf ihre Umwelteffekte hin untersucht, musste ihre Analyse aber letztlich aufschieben.

**Es existiert derzeit ein historisch einmaliger Konsens, dass eine zu einseitige Ausrichtung der Wirtschaft an einem kurzfristigen Shareholder Value in die Sackgasse führt.**

*Robert Haßler, CEO der Ratingagentur oekom research*

